



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Deutsch-französischer Schriftwechsel

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

befriedigt sei, daß der Abschluß solcher Pakte aber gewissen Bedingungen unterworfen werden müsse. Nichtangriffspakte dieser Art wären nur soweit von Interesse, als durch sie die in den bereits abgeschlossenen Verträgen enthaltenen Sicherheitsgarantien nicht beeinträchtigt würden. Dabei bezog sie sich besonders auf die verschiedenen in Locarno abgeschlossenen Pakte und fügte erklärend und zuspitzend bei, daß die Unterzeichner solcher Nichtangriffspakte zugleich gegen jede Bedrohung ihrer äußeren Unabhängigkeit und gegen jeden Versuch der Einmischung in ihre inneren Verhältnisse gesichert sein müßten. Auch die Erklärung Hitlers, Deutschland sei grundsätzlich bereit, eine Kontrolle seiner Rüstungen anzunehmen, wurde mit juristischen Fäden umspinnen. Es könnte sich, schrieb der Franzose, nur um eine Kontrolle an Ort und Stelle handeln, die automatisch und periodisch geübt werde und für alle gleich sein müsse. Daran knüpfte die französische Diplomatie die suggestive Frage, ob die deutsche Regierung bereit sei, den Maßnahmen zuzustimmen, die in ihrer Abwesenheit von der Genfer Konferenz in dieser Hinsicht gefaßt worden seien.

Nachdem die französische Regierung dergestalt nach allen Seiten Schranken und Vorbehalte aufgerichtet hatte, ging sie zu dem Hauptgegenstand über und stellte zu der Abrüstungsfrage den fundamentalen Satz auf, daß die Genfer Konferenz in Etappen zu einer substantiellen Verminderung der Rüstungen gelangen wolle, während das Reich jetzt auf eine nicht weniger substantielle Vermehrung ausgehe.

Das sind die allgemeinen Gesichtspunkte, die Paris aus der Kritik der deutschen Vorschläge gewonnen und in diesem „Aide-mémoire“ zur Geltung gebracht hat. Doch diese suggestive Erörterung der deutschen Vorschläge krankte an der Wurzel, denn die Feststellung, daß die Genfer Konferenz auf eine Verminderung der Rüstungen bedacht sei, während Deutschland eine Vermehrung anstrebe, besagt nichts über das Problem in seiner Ganzheit. Dieses wurde ja, wie wir schon dargelegt haben, nicht durch die Aufrüstung Deutschlands, sondern durch die Nichtabrüstung Frankreichs gekennzeichnet und bestimmt.

Frankreich beschränkte sich aber nicht darauf, allgemeine politische Bemerkungen anzubringen, die zu gegebener Zeit als diplomatische

Waffen dienen konnten, sondern griff auch die Zahlen der deutschen Bewaffnungspläne an. Deutschland hatte an Stelle der Reichswehr eine Armee von 300 000 Mann mit kurzer Dienstzeit gefordert. Nun erklärte Frankreich, daß diese 300 000 Mann bei weitem nicht die Truppenmenge darstellten, über die Deutschland jeden Augenblick verfügen könne, ohne zu Mobilisationsmaßnahmen greifen zu müssen, daß also hier eine Verschleierung des deutschen Rüstungsstandes vorläge.

Um dies zu beweisen, bezog sich die Denkschrift auf die Polizeikräfte, deren militärischer Charakter in Genf festgestellt worden sei, und auf die „paramilitärischen Formationen“ der SA und der SS, die nach dem Einzug Hitlers in die Macht nicht nur eine furchtbare und beunruhigende Entwicklung aufzeigten, sondern auch von der Reichswehr im Waffengebrauch ausgebildet würden und wie eine mit allen Waffengattungen versehene Armee organisiert seien. Die französische Regierung zog daraus den Schluß, daß man bei einer Konvention über die allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Bestände solcher Formationen in die Rechnung einstellen müsse, da man sonst von Land zu Land nicht zu einer richtigen Vergleichung der militärischen Kräfte gelangen könne. Als unannehmbar endlich bezeichnete Frankreich die von Deutschland geforderte Ausrüstung mit neuem Material, bevor über die Verteilung der Rüstungen bindende Beschlüsse gefaßt seien, und erklärte, daß ein Abkommen, das auf der Grundlage der deutschen Forderungen getroffen werde, unvermeidlicherweise einen Rüstungswettlauf nach sich ziehe, der nur durch eine gemeinsame Anstrengung der zivilisierten Nationen verhindert werden könne.

Die französische Diplomatie benutzte also die innenpolitische Entwicklung Deutschlands, aus der die national-sozialistische Revolution siegreich hervorgegangen war, und bezeichnete die in der SA und der SS zusammengefaßten politischen Truppen Hitlers als „paramilitärische Formationen“, gegen die sie dann die ganze Schärfe ihrer Beweisführung richtete. Sie tat dies, um die Berechnung der deutschen Militärmacht auf eine Addition der von Deutschland geforderten 300 000 Mann, eines Teils der Schutzpolizei und der SA und der SS zu gründen. Die politische Hausstruppe, auf der die